



Hauptstadtbrief

von Klaus-Peter Willsch MdB

Nr. 114

Nachrichten und Notizen

18.04.2013

aus Berlin und dem Wahlkreis Rheingau-Taunus/Limburg

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

heute hat der Bundestag über die „Einholung eines zustimmenden Beschlusses des Deutschen Bundestages nach § 4 Absatz 1 Nummer 1 und 2 des ESM-Finanzierungsgesetzes, nach § 3 Absatz 1 des Stabilisierungsmechanismusgesetzes im Rahmen der Haftungsanpassungen nach Artikel 8 Absatz 2 des EFSF-Rahmenvertrages sowie nach § 3 Absatz 1 i. V. m. Absatz 2 Nummer 2 des Stabilisierungsmechanismusgesetzes“ abgestimmt. Ich habe gegen die Bereitstellung von Steuergeldern für zyprische Banken gestimmt. In einer Erklärung habe ich mein Abstimmungsverhalten dargelegt.

Erklärung zur Abstimmung

Nachdem seit dem Frühjahr 2010 die „Euroretter“ Milliarden in der griechischen Ägäis versenkt haben, geht es nun munter weiter auf der nach unten offenen Systemrelevanzskala. Die zyprische Wirtschaftsleistung ist gerade einmal 10 % der griechischen. Mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von unter 18 Mrd. Euro hat Zypern nicht mehr Wirtschaftskraft als eine deutsche Großstadt wie z.B. Essen. Essens Anteil am BIP der Eurozone ist ebenfalls 0,2 %; aber niemand würde auf die Idee kommen, dass von Problemen im städtischen Haushalt von Essen auch nur ansatzweise die Stabilität der Eurozone abhängen könnte. Gleichwohl wird Zypern Systemrelevanz attestiert. Ein solches Ergebnis kann nur zustande kommen, wenn die Diagnose schon vor der Untersu-

chung feststeht. Konkrete Zahlen werden nicht geliefert, nur Schreckensszenarien. Und ohnehin: Wie soll denn Vertrauen in eine Währung entstehen, wenn ein Währungsraum einen (Teil-)Ausfall von 0,2% seiner Wirtschaftsleistung nicht verkraften kann. Bei der Attestierung von Systemrelevanz erwarte ich ökonomische Analysen und keine konstruierten politischen Papiere. Das „Rettungspaket“ für Zypern offenbart, dass im Prinzip jeder Mitgliedstaat der Eurozone systemrelevant ist. Bei Zypern geht es einzig und allein um die Stabilisierung des zyprischen Bankensektors auf Kosten der Steuerzahler. Ob der zyprische Bankensektor überdimensioniert ist oder nicht, hat nicht zu interessieren. Der Eigentümer geht das Risiko ein, der Eigentümer hat für das eingegangene Risiko zu haften.

Und auf europäischer Ebene wird fleißig daran gearbeitet, einen Rettungsschirm für Nicht-Euro-Staaten zu konstruieren. Wer denkt und hofft, dass mit Zypern ein Ende erreicht ist, irrt. Eher ist der heutige Tag das Ende einer Etappe. Ein erneuter Tabubruch.

Und auch die Konstruktion des Hilfspaketes ist nicht stimmig. Selten war die Augenwischerei so offensichtlich. Noch vor wenigen Wochen sah sich Zypern unter größten Anstrengungen in der Lage, sich mit höchstens 5,8 Mrd. Euro an seiner „Rettung“ zu beteiligen. Nun sollen es über 10 Mrd. Euro sein. Ankündigungen von Privatisierungsbemühungen sind - wie uns das Beispiel Griechenlands gezeigt hat - kritisch zu sehen: Die 2010 mit einem Wert von 50 Milliarden Euro veranschlagten Privatisierungserlöse sind inzwischen auf rund 11 Milliarden neu festgelegt worden, realisiert ist - im

vierten Jahr des Programmes! - gerade mal eine gute Milliarde. Kein "Rettungspaket" lief bisher ohne Nachverhandlungen und Nachbesserungen. Parallel zu Zypern sollen Portugal und Irland mehr Zeit bekommen, die milliardenschweren Kredite zurückzuzahlen. Seit der Auszahlung der jeweils ersten Tranche aus den Rettungspaketen sind die Schuldenstände der Programmländer immer weiter gestiegen. Eine Besserung wird immer für die Folgejahre angenommen und dann jährlich aufs nächste Jahr verschoben. So sind die offiziellen Aussichten immer heiter, auch wenn es für jedermann erkennbar aktuell regnet und gewittert. Am Ende stehen entweder neue Hilfspakete oder ein Schuldenschnitt der öffentlichen Gläubiger. Es kann nicht anders kommen.

Die europäische Einigung ist eine großartige Leistung der Politik im Europa der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Währungsunion ist politisches Symbol der höchsten Ausprägungsstufe dieses Prozesses. Für uns Deutsche war es wichtig, die Erfolgsgeschichte der Deutschen Bundesbank durch die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank auf den gesamten Euro-Raum zu übertragen. Durch Errichtung des Stabilitätspaktes hofften wir, Vorsorge dafür zu treffen, den gesamten Euro-Raum auf das Ziel der nachhaltigen Haushaltspolitik und der Preiswertstabilität zu verpflichten. In den europäischen Verträgen ist hierzu festgelegt, dass im Euro-Raum kein Staat für die Schulden des anderen aufkommen muss, ja nicht einmal darf (Bail-out-Verbot). Dies ist der Kern des Vertrauens in den Euro angesichts der sehr unterschiedlichen Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaften in diesem gemeinsamen Währungsraum. Die vorgesehene Hilfe für Zypern verstößt aufs Neue gegen Buchstaben und Geist der gültigen europäischen Verträge. So wird die langfristige Stabilität des Euro nicht gesichert, sondern gefährdet.

Deshalb kann und will ich diesen Weg nicht mitgehen und stimme erneut mit "Nein".

gez. Klaus-Peter Willsch

Steuererhöhungspläne der SPD

Nun hat die SPD auf ihrem Parteitag am letzten Wochenende die Katze endgültig aus dem Sack gelassen. Um ihre sozialstaatlichen Fantasien zu befriedigen, plant die SPD den Deutschen nach einem möglichen Wahlsieg bei der Bundestagswahl am 22. September ganz tief in die Tasche zu greifen. Das jüngst verabschiedete Wahlprogramm der SPD ist nichts anderes als ein Sammelsurium von Steuererhöhungen. Vordergründig soll sich dies alles gegen vermeintliche „Superreiche“ richten, abkassiert wird aber beim gemeinen Mittelständler, bei den Sparern, Familien und Hausbesitzern. Die SPD vergisst dabei, dass das Geld, was sie freudig verteilen will, erst einmal erwirtschaftet werden muss. Die Partei hat sich soweit wie noch nie zuvor von ihrer eigenen Agenda 2010 entfernt und driftet immer weiter nach links ab. Programmatisch lehnt sich die SPD an ihr Vorbild, den französischen Präsidenten Francois Hollande, an, der mit seiner verfehlten Politik unseren wichtigsten Partner in der Europäischen Union immer weiter in die Krise treibt.

Ich habe Ihnen hier ein kleines Medienecho zu den Steuererhöhungsplänen von Steinbrück zusammengestellt:

„Steinbrücks Credo in der Steuerpolitik lautet, die SPD werde einige Steuern für einige erhöhen. (...) Aber wer sind einige? Und wer sind einige nicht? (...) Einige sind mithin gar nicht so wenige. Die SPD sollte also nicht so tun, als verlangte sie Solidarität nur jenen ab, die nicht mehr laufen können, weil ihre Klunker so schwer sind, oder nicht mehr laufen wollen, weil der Ferrari bequemer ist.“ Süddeutsche Zeitung Online, 12. Februar 2013

„Was als Angriff auf Reiche daherkommt, trifft in Wahrheit aber auch die Mittelschicht. Und könnte der Wirtschaft schweren Schaden zufügen.“ Handelsblatt Online, 6. Februar 2013

„Die Opposition will Spitzenverdiener zur Kasse bitten. Doch der höhere Spitzensteuersatz und die Abschaffung des Ehegattensplittings treffen in Wirklichkeit breite Teile der Bevölkerung.“ Welt am Sonntag, 24. März 2013

„Von allen Steuererhöhungsplänen der SPD trifft die Vermögensteuer die Unternehmen und indirekt auch die Mitarbeiter am härtesten“, sagt Familienunternehmer-Präsident Goebel. Diese SPD-Pläne kosteten die Betriebe im Durchschnitt 20 Prozent (...). Dieses Geld fehle dann für Investitionen.“ *Wirtschaftswoche*, 26. März 2013

„Besser und gerechter will die SPD Deutschland im Falle eines Wahlsieges machen. Rund 150mal taucht das Wort „gerecht“ im Wahlprogramm auf. Die Pläne der Sozialdemokraten könnten die Steuerzahler allerdings Milliarden kosten.“ *Focus Online*, 16. März 2013

Im Anhang zu diesem Hauptstadtbrief habe ich Ihnen noch das Flugblatt „Die SPD Steuerpläne auf einen Blick“ beigelegt.

Rentenerhöhung

Zum 1. Juli 2013 werden die Renten erhöht. Die gesetzliche Rente steigt in den alten Bundesländern um 0,25 % und in den neuen Bundesländern um 3,29 %. Die Rente folgt den Löhnen und Gehältern. Steigen die Löhne, steigen ein Jahr später auch die Renten. Sinken die Löhne, müssten auch die Renten abgesenkt werden. Dies haben wir mit der 2009 eingeführten Rentengarantie verhindert. Wegen der eingebrochenen Löhne hätten die Renten in der Krise eigentlich sinken müssen. Dies ist nicht geschehen, allerdings ist damals schon angekündigt worden, dass dies durch Abzug bei nachfolgenden anstehenden Rentenerhöhungen zu verrechnen sein wird. Nun werden also die Kosten für die Rentengarantie wieder erwirtschaftet, damit wir die junge Generation nicht über Gebühr belasten. Dies geschieht dadurch, dass die Rentensteigerungen geringer ausfallen, als die Lohnentwicklung dies hätte erwarten lassen. Diese Entscheidung trifft die Bundesregierung nur formal, indem sie der komplizierten Rentenformel folgt. Sie berücksichtigt das Verhältnis von Beitragszahlern und Rentenempfängern. Wir hätten auch die Formel ändern können und den Dämpfungsfaktor verschieben können. Das hätte das Problem in die Zukunft getragen. Ich halte das für falsch.

Zudem sind die Unterschiede dadurch zu erklären, dass die Löhne und Gehälter im Osten im vergangenen Jahr infolge der massiv gestiegenen Beschäftigung viel stärker als im Westen gestiegen sind. Damit steigt der aktuelle Rentenwert in den neuen Ländern von 88,8 % auf 91,5 % des Wertes in den alten Ländern. Damit liegt er nach wie vor unter dem im Westen. Ich verstehe zwar durchaus den Unmut, wenn nun demnächst eine Rentenerhöhung per Bescheid mitgeteilt wird, die nicht viel höher ist als das Porto für den Bescheid. Ich glaube aber, dass es wichtig ist, dass die Anpassung verlässlich nach vereinbarter Formel erfolgt und dies auch durch Änderungsbescheid dokumentiert wird.

Ihr



Weiterleitung des Briefes

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

Aufnahme in den Verteiler

Wer in den E-Mail- oder Fax-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, kann dies jederzeit über mein Berliner Büro veranlassen.